

BRÜSSEL SCHNÜRT EU-WEITES KREISLAUFWIRTSCHAFTSPAKET

Entsprechend ihrer Ankündigung hat die neue Kommission noch 2015 ein neues, ambitioniertes Kreislaufwirtschaftspaket auf EU-Ebene vorgelegt. Für den Entsorgungsbereich liegt damit ein Vorschlag vor, der vor allem die Deponierung reduzieren und Recyclingquoten anheben soll.

Wien, 3. Dezember 2015; Der VÖEB - Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe begrüßt das gestern von der Europäischen Kommission veröffentlichte Paket zur Kreislaufwirtschaft. **Hans Roth**, Präsident des Verbands: „*Positiv anzumerken sind nach erster Durchsicht vor allem die Begrenzung der Deponierung sowie die Ausweitung der getrennten Sammlung und der Wille, die EU-Förderpolitik stärker an einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zu orientieren*“.

Der VÖEB befürwortet insbesondere folgende Positionen:

- **Begrenzung der Deponierung**, der Vorschlag der Kommission, bis 2030 nur mehr höchstens ein Zehntel des in den jeweiligen Mitgliedsstaaten anfallenden Siedlungsabfall deponieren zu dürfen, wird vom VÖEB grundsätzlich begrüßt, jedoch wäre längerfristig ein gänzlich Verbot der Deponierung gewünscht gewesen.
- **Ausweitung der getrennten Sammlung:** Neben der quantitativen Beschränkung plant die Kommission ein Deponieverbot für die getrennt zu sammelnden Abfallströme. Laut EU-Recht ist dies bereits für Kunststoff, Glas, Metall, Papier und Karton vorgeschrieben. Die getrennte Sammlung und das Deponieverbot soll nun auf Bioabfälle ausgeweitet werden. Diese Maßnahme würde wesentlich zur Erreichung der Klimaziele der EU beitragen und die Treibhausbilanz massiv verbessern.
- **Optimierung der Abfallwirtschaftsgesetzgebung**, inklusive der Ausarbeitung von Plänen für weniger fortgeschrittene Mitgliedsländer und die Einführung eines Frühwarnsystems
- Erarbeitung eines konkreten Aktionsplans für **Eco-Design** im Zeitraum bis 2017. Dieser soll die Anforderungen an Haltbarkeit, Reparatur und Recycling von Produkten fördern und Materialstandards definieren.

- **EU-Förderpolitik:** Das Bekenntnis zu gewährleisten, dass von der EU geförderte Projekte zu einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft beitragen und die Abfallhierarchie berücksichtigen. Der VÖEB fordert in diesem Zusammenhang eine strengere Kontrolle bei der Vergabe und Umsetzung der Fördermittel und vor allem, dass diese sowohl von der öffentlichen Hand wie auch von Privaten und PPT-Modellen genutzt werden können.

Des Weiteren begrüßt der VÖEB den Vorschlag der Kommission, eine Ausweitung der EU-weiten Wiederverwendungs- und Recyclingziele auf **Siedlungsabfälle** vorzunehmen, jedoch soll und darf das nicht heißen, dass diese Ausweitung mit einer Erweiterung der Daseinsvorsorge einhergeht. Die Maßnahme soll ausschließlich einer Anhebung der Recyclingquoten in diesem Bereich dienen.

Derzeit noch zu wenig berücksichtigt ist die Thematik **funktionierender Märkte für Sekundärrohstoffe**. Die EU-Kommission vertraut laut dem vorliegenden Papier hier allein auf die sich selbst regulierenden Marktmechanismen ohne jegliche Förderung von Rahmenbedingungen, die die Märkte für Sekundärrohstoffe unterstützen bzw. Nachfrage fördern. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Rohstoffpreisentwicklung auf den Primärmärkten könnte das Sammeln, Sortieren und Aufbereiten von Sekundärrohstoffen damit in Zukunft unökonomisch werden.

Hintergrund:

Im Juli 2014 hatte die vorige EU-Kommission unter Präsident Barroso ein Paket zur Förderung der Kreislaufwirtschaft vorgestellt. Im März 2015 wurde dieses jedoch unter Präsident Juncker zurückgezogen – mit der Begründung, dass das Paket zu einseitig auf dem Abfallsektor läge und nicht genug auf Länderspezifika einginge. Gleichzeitig kündigte die Kommission eine neue, ambitionierte Strategie zur Kreislaufwirtschaft bis Ende 2015 an. Der Aktionsplan sollte auf die Bereiche Produktpolitik und Förderung der Sekundärrohstoffwirtschaft abzielen und das Arbeitsprogramm der Kommission für die verbleibende Amtsdauer festlegen. Mit gestrigem Tage wurde dieses Kreislaufwirtschaftspaket von den Vize-Präsidenten Frans Timmermans und Jirki Katainen dem Kollegium der EU-Kommissare vorgestellt.

Über den VÖEB:

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Entsorgungsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit über 200 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert somit zwei Drittel – gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Entsorgungsbetriebe. Die Branche beschäftigt direkt und indirekt ca. 43.000 Mitarbeiter, entsorgt rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls in 1.100 High-Tech-Anlagen und erwirtschaftet Umsätze in der Größenordnung von 4 Mrd. Euro pro Jahr.

Rückfragen:

Mag. Daisy Kroker

Geschäftsführerin VÖEB

Tel.: +43 664 4002750

E-Mail: kroker@voeb.at